

FRAGESTUNDE

Beginn: 14.40 Uhr
Ende: 15.45 Uhr

1) Förderung für die Nutzung flexibler Kinderbetreuung

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Das Thema Kinderbetreuung liegt allen Eltern besonders am Herzen und vor allem geht es natürlich auch darum, immer eine möglichst gute Qualität der Kinderbetreuung zu erhalten, eine regelmäßige institutionelle Kinderbetreuung über Kinderkrippen und Kindergärten ist hier sicher das Optimum. Allerdings gibt es Situationen, in denen sich Eltern auch dafür entscheiden, ein flexibleres Angebot zu nutzen, also stundenweise Kinder zu betreuen etwa an Randzeiten, wenn Kinderkrippen oder Kindergärten nicht offen haben oder weil der Bedarf vielleicht nur kürzer notwendig ist und dafür gibt es ja auch viele Angebote, die von den Eltern dieser Stadt auch rege genutzt werden. Der Bedarf ist ohne Zweifel da und wird auch genutzt. Es war sehr erfreulich, als du, lieber Herr Stadtrat, vor zwei Jahren hierzu auch ein eigenes Fördermodell begonnen hast und das Fördermodell, ich kann es kurz erklären, schaut so aus, dass Eltern, die 20 Stunden in einer flexiblen Kinderbetreuung bezahlt und konsumiert haben, mit diesen sozusagen absolvierten 20 Stunden zur Stadt Graz kommen, dort auch Einkommensnachweise und Ähnliches abgeben und es dann eine sozial gestaffelte Möglichkeit der Förderung gibt. Dazu sagen muss man, dass flexible Kinderbetreuung aber auch trotz dieser Förderung noch relativ kostspielig ist, auch im Vergleich zur institutionellen Kinderbetreuung und meine Frage ist daher, nach diesen zwei Jahren ist es aus meiner Sicht einmal Zeit, Bilanz zu ziehen und ich wollte da die

F r a g e

stellen namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs, wie viele Eltern diese neue Förderung bislang auch genutzt haben (*Applaus SPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Liebe Frau Gemeinderätin! Ich glaube, in der Sitzung heute davor ist schon ganz klar rübergekommen, dass mir die bedarfsorientierte Kinderbetreuung ein ganz großes Anliegen ist. Die flexible Kinderbetreuung ist aus meiner Sicht auch ein ganz wichtiger Schritt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, du hast es eh schon angesprochen. Aber konkret zu deiner Frage, seit November 2014 wurden insgesamt 1.465 Pässe zur Auszahlung gebracht, das heißt, wir haben die flexible Kinderbetreuung mit 66.000 Euro bisher gefördert (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Ist daran gedacht, erstens das Modell fortzuführen und zweitens vielleicht auch für Eltern mit finanziell schwächerem Hintergrund auch noch stärker zu fördern, denn wie bereits eingangs erwähnt, es ist noch immer ein relativ kostspieliges Modell und, für speziell alleinerziehende Mütter zum Beispiel, die auch besonders angewiesen sind auf externe Kinderbetreuung, wäre es natürlich wünschenswert, wenn das noch günstiger sein könnte (*Applaus SPÖ*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Liebe Frau Gemeinderätin, wie du weißt, haben wir vor zwei Jahren dieses Modell ins Leben gerufen, weil die Steiermärkische Landesregierung

leider, nicht so wie andere Bundesländer, im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz die flexible Kinderbetreuung fördert. Und ich habe dir auch damals schon gesagt, das ist jetzt einmal unser Projekt quasi, dass wir jetzt nicht nur auf andre Gebietskörperschaften schimpfen, sondern dass wir die flexible Kinderbetreuung ermöglichen. Ich lade dich ein, dass wir gemeinsam zur Landesrätin Ursula Lackner gehen und vielleicht erwirken können, dass das Landesgesetz dahingehend geändert wird, dass auch das Land Steiermark in die flexible Kinderbetreuung investiert (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Kahr übernimmt um 14.45 Uhr den Vorsitz.

2) Mittelverwendung Verein „Sicher Leben in Graz“

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Gäste! Der Verein „Sicher Leben in Graz“, dessen namhafter Protagonist der ehemalige VP-Stadtrat Werner Miedl ist, erhielt nunmehr in den Räumlichkeiten der Grazer Berufsfeuerwehr ein Büro und wurde auch mit dem entsprechend nötigen Equipment ausgestattet. Nun steht heute ein Stück auf der Tagesordnung, das sich mit der Renovierung der Brandmeldezentrale beziehungsweise mit der Finanzierung dieser Maßnahme befasst.

Sicherlich ist es nur ein Zufall und wohl auch nur logistischen Überlegungen geschuldet, dass eingangs erwähnter Verein nun in den gleichen Räumlichkeiten wie die Grazer

Feuerwehr logiert. Gänzlich absurd wäre hier wohl die Vermutung, es könnte zu einer Vermengung der finanziellen Mittel gekommen sein.

Ein reiner Formalakt, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ist daher die nachfolgende Fragestellung: Gehe ich richtig in der Annahme, dass bei der baulichen Adaptierung jener Räumlichkeiten, die nun vom Verein „Sicher Leben in Graz“ genutzt werden, sowie beim Ankauf des nötigen Büroequipments keine finanziellen Mittel verbraucht wurden, die ursprünglich der Grazer Berufsfeuerwehr zugedacht waren (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Sind wir wieder bei der gerade vorhin lang geführten Diskussion, also Sie machen sich jetzt irgendwie Sorgen drum, dass im Finanzbereich jemand was bekommen hat, wo Sie sowieso nie zugestimmt haben, dass es unsere Feuerwehr überhaupt bekommt. Das heißt also konkret, wir haben für Mittel gesorgt, dass die Feuerwehr auch im heurigen Jahr, so hoffe ich auch im nächsten Jahr, weitere Sanierungsmaßnahmen machen kann und ich bin mir sicher, dass es für Sie auch wichtig ist, dass unsere Feuerwehr nicht nur gut ausgerüstet und gut ausgebildet ist, sondern dass auch die Räumlichkeiten und die Fahrzeuge, die wir bei der Feuerwehr haben, in einem tadellosen Zustand sind. Das heißt, es sind ganz konkret die Mittel der Feuerwehr verwendet worden, um das Feuerwehrgebäude auch zu sanieren und herzurichten und der Verein „Sicher Leben“ ist mit dem Werner Miedl, wenn ich so sagen darf, eine große Hilfe dabei, dem Mario Eustacchio und dem Siegfried Nagl und uns allen zu helfen, dass das Thema Community Policing endlich auch in dieser Stadt funktionieren anfangt. Es ist mir ganz, ganz wichtig anzumerken, dass gerade im Sicherheitsbereich ein Zusammenwirken von vielen mehr bewirken kann als das Einschreiten nur einer Organisationseinheit. Und ich glaube, das hat sich mittlerweile ja von Graz aus jetzt in ganz Österreich verbreitet, ich bin dem Werner Miedl, aber auch der Polizei und dem Bundesministerium für Inneres inklusive des

Bundesministers sehr dankbar, dass Graz jetzt eine führende Rolle einnimmt und dass der Verein „Sicher Leben“ Dinge übernommen hat, die vor Jahren wahrscheinlich noch unvorstellbar gewesen sind. Zum Beispiel, dass wir gerade im Bereich der minderjährigen zugewanderten Flüchtlinge eigene Sprachkurse machen, wo viel freiwillige Arbeit drinnen ist, auch hier werden Räumlichkeiten der Holding, des Stellwerks zur Verfügung gestellt, damit meist noch junge AkademikerInnen und PädagogInnen einfach eine solche Hilfe machen, damit es dann, wenn ich so sagen darf, auch eine Chance da ist und sie vielleicht nicht in die Kriminalität abwandern. Und darüber hinaus haben wir mit Community Policing den Versuch unternommen, den Polizisten und der Polizistin, die oft sehr frustriert sind, dass sie immer erst gerufen werden, wenn es zu spät ist, ein neues Thema aufzubereiten. So wird auch die Feuerwehr und der Lendplatz mit dem Sicherheitsinformationszentrum, wo viele mit dabei sind, wo du dir anschauen kannst, wie Fenster und Türen gesichert werden können auch mit Firmen, wo du von der Feuerwehr, von der Rettung, von der Polizei jeden Tag dir Informationen holen kannst, ist damit die Feuerwehr auch im Mittelpunkt und selbstverständlich nehme ich die Mittel zur Sanierung des Feuerwehrgebäudes auch aus den Mitteln der Feuerwehr (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Danke für die Beantwortung. Natürlich mache ich mir Sorgen, das ist der Grund, warum ich überhaupt hier bin. Lieber Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine genaue Auflistung der Mittel, die verwendet wurden, in schriftlicher Form nachzureichen und hier meine ich sowohl die direkten als auch die indirekten Mittel, zum Beispiel in Form von zur Verfügung gestellten Ressourcen (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Auch da kehre ich wieder zur letzten Sitzung zurück, es wurde ja angemerkt, dass die freiheitliche Partei manchmal nicht so gut informiert ist, wie sie informiert sein müsste und dazu möchte ich nur sagen, dass es am 3. Juni einen Bericht an den Stadtsenat gegeben hat, der damals einstimmig beschlossen worden ist, wo

dieses Stück ganz genau erklärt wurde und wo auch die Höhe der Mittel, nämlich brutto 102.000 Euro, eindeutig mit der Zentralfeuerwache schon beschlossen worden sind. Am damaligen Tag war nur der Herr Stadtrat Eustacchio entschuldigt, aber ich gehe davon aus, dass sein Büro alle Berichte, die an den Stadtsenat gehen, auch sicherlich gelesen haben. Aber ich gebe es Ihnen gerne auch gleich mit (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.50 Uhr den Vorsitz.

3) Landeszuschuss für Zentralen Speicherkanal

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Gerhard! Eine Frage zu einem Projekt, das uns schon länger beschäftigt, es war auch heute, es geht wieder einmal um die Staustufe in Graz, die übrigens kein Atomkraftwerk ersetzen kann unseres Erachtens, das glaube ich, ist eine Überdimensionierung. Wir könnten aber natürlich 17 Windräder machen, das wäre vielleicht die wahre Frage dahinter. Aber es geht ja nur rundherum um dieses Kraftwerk, Leute, Leute, nicht so aufregen. Für dieses Kraftwerk notwendig ist auch der Speicher- und Sammelkanal, den haben wir ja eigentlich schon im Februar beschlossen, aber im September hat es hier Veränderungen gegeben. Wir sind bereit, das voll zu finanzieren, die vollen 84 Millionen, wie es heute bereits erwähnt wurde, der Kostenbeitrag des Kraftwerksbetreibers wurde ja reduziert und genau um diese Reduktion geht es, um jene sieben Millionen, die das Land dazuzahlt und deswegen folgende Frage an den Herrn Stadtrat. Die sieben Millionen waren damals noch vage, da hat es geheißen,

wenn das Land die sieben Millionen zahlt, dann reduziert sich der Beitrag der Kraftwerksbetreiber, wenn das Land nicht zahlt, dann müssen natürlich die zahlen, weil uns geht das ja, so quasi, wie kommen wir dazu, hier einzuspringen, wir kriegen auf jeden Fall das Ganze, die Frage ist nur, kriegen wir es vom Land oder kriegen wir es vom Kraftwerksbetreiber? Und nachdem ich sehr aufmerksam bin, würde mich das jetzt noch interessieren in der letzten Sitzung dieser Periode. Lieber Herr Stadtrat, welche neuen Informationen kannst du uns bezüglich jener sieben Millionen Euro Zuschuss des Landes für die ESTAG beziehungsweise für den Betreiber der Murstaustufe Puntigam geben, die dazu geführt haben, dass der Kostenbeitrag der ESTAG zum Speicherkanal laut Kooperationsvertrag im September um eben diese sieben Millionen Euro gesenkt wurde (*Applaus Grüne*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Klubobmann! Die kurze Antwort ist, ich kann keine neuen Informationen geben und zwar ist ja die Projektgenehmigung für den zentralen Speicherkanal, wie bekannt, unmittelbar abhängig vom Baubeschluss über das geplante Murkraftwerk. Nach unserem Informationsstand von heute ist von der Estag noch kein unbedingter Baubeschluss gefällt worden und damit bestand für das Land auch noch keine Grundlage, die allgemein in Aussicht gestellte Förderung in Form einer Vereinbarung zu konkretisieren, es liegen also bezüglich der sieben Millionen keine neuen Informationen vor.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Das eine ist eine kleine Anmerkung, dass der Baubeschluss nicht gefällt wurde, das wundert uns nicht, das haben wir vorhergesehen, aber um das geht es nicht wirklich. Aber ich bin jetzt sehr verwundert darüber, es gibt aus dem Land sehr wohl neue Informationen meines Erachtens, meine grünen Kollegen im Landtag haben eine Anfrage an das Land gegeben eben um diese sieben Millionen, und da gibt es eine

Antwort vom 28.10. Um was geht es ganz konkret? Wir geben diese sieben Millionen an die ESTAG, an die Betreibergesellschaft weiter. Auf die konkrete Frage, an wen wird diese Förderung gewährt, dann heißt es, diese Mittel werden der Stadtgemeinde Graz gewährt, schriftliche Aussage ohne Zweckbindung, ohne irgendwas. Jetzt frage ich mich schon, und das ist die Zusatzfrage, wie kommen wir dazu, wie kommst du als Finanzstadtrat dazu, wenn wir sieben Millionen Zuschuss zum Speicherkanal kriegen, da steht ganz allgemein Zuschuss zum Kanal, nichts für eine Kraftwerksbetreibergesellschaft, warum wird dieser Zuschuss 1 : 1 weitergegeben an die Kraftwerksbetreiber, warum nehmen nicht wir diesen Zuschuss, wir hätten ihn bitter nötig, wir kennen beide die Budgetsituation der Stadt Graz und diese sieben Millionen Kostenbeitrag, den könnten wir eigentlich für die Gesamtkosten nehmen, ich sehe nicht, warum die weitergeleitet werden (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Verhandelt habe ich schon gemeinsam mit Martina Schröck, dass wir diese Landesmittel bekommen, aber jetzt zur unmittelbaren Antwort, Gerhard Rüschi.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ich kann nicht mehr antworten, als was ich vorhin gesagt habe. Klar ist das eine, dass wir dann für diese sieben Millionen irgendein Schriftstück bekommen, wo klar ist und auch geklärt werden muss, wie das zu verwenden ist, ist es im Rahmen der Bedarfszuweisung wie auch immer.

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Ist es nicht.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich nehme das gerne zur Kenntnis, aber wir haben noch keine schriftliche Bestätigung von diesen sieben Millionen, wie diese sieben Millionen zu verwenden sind, darum kann ich jetzt nicht mehr dazu sagen als das, was ich gesagt habe.

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Ist seit 28. Oktober im Netz.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, es ist vieles im Netz, aber es ist...

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich kann es nur wiederholen, das ist offensichtlich die Auskunft des Finanzressorts im Land bei dieser Anfrage, wir haben darüber noch keine schriftliche Bestätigung oder auch kein Schriftstück bekommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Kahr übernimmt um 14.55 Uhr den Vorsitz.

4) Lösungen für das Kastner & Öhler-Dach

GR. **Pacanda** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ausnahmsweise nicht zum Geburtstag die obligatorische Frage zum Kastner & Öhler-Dach und zwar geht es um Folgendes: Wie wir alle wissen, passt das Kastner & Öhler-Dach noch immer nicht ins Altstadtbild und wir haben in der Gemeinderatssitzung im April bereits darüber gesprochen und haben Sie befragen dürfen und Sie haben uns darin in dieser Sitzung über Patinierungsversuche und eine Musterfläche, welche auf dem Dach angebracht wurde, berichtet. Sie haben gesagt, das Ergebnis weiterer Versuchsreihen soll im Herbst vorliegen, dann wird die Oberfläche mit den zuständigen Stellen abgestimmt und ausgewählt. Also im Herbst soll viel passieren und dann werden wir auch wissen, was das wirklich kostet und mit Kastner & Öhler eine Lösung suchen.

Und da der Herbst bereits im Land ist, richte ich namens der Piratenpartei und aller interessierter Grazerinnen und Grazer an Sie folgende

Frage:

Über welche Ergebnisse der Tests und weiteren gemeinsamen Lösungen, über die Sie den Gemeinderat im April 2016 informiert haben, können Sie uns außerhalb des Behördenverfahrens berichten?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Geburtstag oder nicht, ich denke mir, dass wir gar nicht in Sorge sein brauchen, weil Icomos und UNESCO ununterbrochen

dran bleiben an dieser Frage und sowohl das Unternehmen Kastner & Öhler als auch unsere Damen und Herren, die in der Baudirektion arbeiten, auf Trab halten. Es ist schön, wenn du ein zusätzlicher Wächter bist, aber vertraue Icomos und UNESCO, dass sie das in keinster Weise vergessen werden. Basierend auf Ergebnissen von Freibewitterungsversuchen künstlich patinierter Buntmetallbleche unter der Federführung der in Österreich namhaftesten Restauratorin wurden wie bereits berichtet im Herbst 2015 weitere Patinierungsversuche in Abstimmung aller Beteiligten gestartet. Kastner & Öhler hat eine Musterfläche im Ausmaß von rund zehn Quadratmeter an der Westseite der Terrasse „Freiblick“ errichtet. Die angebrachten Platten aus Tombak, wurden in der Folge mit der Zielsetzung einer reproduzierbaren Erzeugung eines künstlerisch strukturierten Patina-Bildes bearbeitet. Ein sehr breit angelegtes Auswahlverfahren hat über den Sommer stattgefunden. Die Ergebnisse der mittlerweile dritten Versuchsreihe des Ausschlussverfahrens liegen nun vor und werden seitens der Kastner & Öhler- Geschäftsführung bis Ende November der zuständigen Stadtbaudirektion übermittelt. Um diese Vorgänge auch fachlich zu unterstützen beziehungsweise zu beschleunigen, haben letzte Woche die zuständigen VertreterInnen der State Party aus dem Bundeskanzleramt Graz besucht, dabei hat sich auch der Herr Diplomingenieur Maltner verabschiedet und seine Nachfolgerin uns vorgestellt, weil er in Pension geht, worüber ich durchaus auch ein bisschen traurig bin, er war in punkto Weltkulturerbe ein ganz verlässlicher Partner auch im Bereich von ISG und möchte ihm auch da danken, was er für das internationale Städteforum Graz auch immer wieder gemacht hat und sich eingebracht hat und auch Budgetmittel des Bundes ermöglicht hat. Und nach einem intensiven Gespräch bei mir im Büro auch vor Ort die aktuelle Situation mit dem Kastner & Öhler-Bauleiter ins Auge gefasst. Im Zuge dieser Gespräche wurden seitens der State Party auch die direkte Kontaktaufnahme der in Wien ansässigen Restauratorin zugesagt, um gemeinsam zeitnah zu einem abgestimmten Ergebnis zu kommen, welches in vorderster Linie das Kriterium der Beständigkeit erfüllen muss. Da nun die Stadt Graz von der UNESCO aufgefordert ist, bis zum Februar 2017 einen offiziellen State of Conservation Report zu erbringen,

werden die Ergebnisse seitens Kastner & Öhler nun erwartet, also es wird täglich daran gearbeitet (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda:** Dankeschön für die Antwort. Ich glaube, es ist relativ wichtig, dass man die Wächter haben, die kleinen, weil man nämlich sieht, wenn das zehn Jahre dauert, ist es, glaube ich, auch wichtig, einfach hinten dran zu sein und da aufzupassen. Da wir jetzt noch immer nicht wirklich wissen, was da passieren wird und was da kommt, möchte ich dich gerne zusätzlich was fragen. Du wirst vielleicht aus der Medienlandschaft verfolgt haben, Tesla, die sehr innovative Solardachziegel in verschiedensten Farbvarianten anbieten, man könnte sich recht gut vorstellen, sollte diese Lösungsvariante zum Beispiel jetzt nicht treffend sein und Finanzierungsproblematiken haben wir in den letzten Sitzungen schon intensiv diskutiert und man könnte sich vorstellen, dass Solardachschindeln, die in einem Altstadtbereich auch wirklich montiert werden könnten und das Altstadtbild dementsprechend erhalten würden, möglicherweise eine innovative Idee für Graz wären und ich möchte dich diesbezüglich fragen, ob du bereit wärst, gemeinsam mit Kastner & Öhler natürlich auch direkt mit dieser Firma Kontakt aufzunehmen, mit der Zielsetzung, um vielleicht eine Möglichkeit zu finden, da ein Pilotprojekt auch umzusetzen, wo ich mir vorstellen könnte, das könnte ein Vorzeigeprojekt für ganz Graz werden, wenn man die Dächer, die Dachlandschaft in Graz dem Altstadtbild angepasst und dementsprechend schön auch für Solarenergie nutzen könnte und würde dich fragen, ob du da bereit wärst, Kontakt aufzunehmen? Weil du wirst den Prozess mit Kastner & Öhler eh regelmäßig begleiten und wirst sehen, ob da Handlungsbedarf ist, aber wäre vielleicht eine gute Idee nicht nur für Kastner & Öhler, sondern vielleicht auch für ganz Graz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Zuerst einmal noch einmal die Feststellung, ich glaube, weder der Blick vom Schloßberg noch auf der anderen Seite vom Kunsthaus ist das, was im Weltkulturerbe dann tatsächlich drauf sein sollte. Es fehlen, soweit mir das ja bekannt ist, auch noch einige Umbauten am Dach, also noch ein Bauabschnitt und dann geht es darum, die Gesamtfassade möglichst mit der gewünschten Struktur zu überziehen und die soll möglichst diesem Bronzeton entsprechen und auch eine Oberfläche haben, die nicht nur wetterbeständig ist, sondern eigentlich auch dem Charakter von verwitterten Dachziegeln entsprechen soll. Und wenn es zusätzliche neue Überlegungen gibt, darf ich dich vielleicht gleich auch direkt bitten, weil es auch ein interessantes Geschäftsfeld für Unternehmungen ist, diese Dinge der Baudirektion, kannst es auch mir geben oder auch direkt Kastner & Öhler zu geben, das ist ein hochinteressante Struktur, die ich da auch bekomme und dann bitte ganz schnell, ich werde es auch weiterleiten, vielleicht sagst du mir dann auch noch das Unternehmen dazu. Schnell unterwegs sein und dann werden wir schauen, ob das auch möglich ist. Wir haben alle Expertinnen und Experten bis hin zu jenem Unternehmen, das mit Oberflächen und Graz sehr in Verbindung steht, ■ usw. schon eingebunden, danke für den Tipp, werde ich überbringen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.00 Uhr den Vorsitz.

5) Gefährliche Begegnung zwischen Fußgängern und Radfahrern

GR. **Haberler**, MBA stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Haberler**, MBA: Geschätzter Herr Bürgermeister, Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer auf der Tribüne! Sehr geehrter Herr Stadtrat, in Graz gibt

es zahlreiche Konfrontationspunkte zwischen Fußgängern und Radfahrern. Ein Kreuzungsbereich, bei dem sich immer wieder gefährliche Situation ergeben, ist die Fußgängerampel zum Erich-Edegger-Steg, wenn man von der Sackstraße kommt. Hier treffen die Fußgänger nach Überquerung der Fahrbahn auf häufig mit hoher Geschwindigkeit fahrende Radfahrer, sodass Fußgänger oft noch auf der Fahrbahn warten müssen, um die Radfahrer vorbei zu lassen.

Deshalb stelle ich folgende

Frage,

lieber Mario! Was gedenkst du zu tun, um die Konfliktsituation zwischen Fuß- und Radfahrern im Bereich des Erich-Edegger-Steges und des Fußgängerüberganges über den Kaiser-Franz-Josef-Kai zu entschärfen (*Applaus ÖVP*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Stefan! Aufgrund des hohen Fußgänger- und Radfahrverkehrsaufkommens ist an dieser Stelle von einem gewissen Konfliktpotential auszugehen. Jeder, der dort selbst gegangen oder gefahren ist, weiß das bestens. Grund dafür sind die etwas beengten Verhältnisse vor Ort, glücklicherweise aber spiegelt sich dieser Umstand nicht in den Unfallzahlen wieder. In den Jahren 2012 bis einschließlich 2015 ereignete sich dort „nur“ unter Anführungszeichen ein Unfall mit Personenschaden unter Beteiligung von Radfahrern oder Fußgängern. Bei den drei weiteren Unfällen mit Personenschaden fand das auf der Fahrbahn statt und handelt es sich um Auffahrunfälle und Unfälle beim Spurwechselfvorgang. In der im Jahr 2015 vom Kuratorium für Verkehrssicherheit durchgeführten Überprüfung der Straßensicherheit des Teilabschnittes Innenstadtring im Grazer Radwegenetz wurde bei dem Konfliktpunkt im Vergleich zu anderen Örtlichkeiten eine mittlere

Sicherheitsrelevanz zugeordnet. Als mögliche Maßnahme wurde bereits eine Verbreiterung der Aufstandsflächen beziehungsweise eine Umgestaltung des Geh- und Radweges vorgeschlagen. Aufgrund der Maßnahmenkomplexität in diesem Bereich, es gibt ja dort die Unterführung, also Anschluss an die Unterführung Erich-Edegger-Steg wird eine Umsetzung jedoch Zeit in Anspruch nehmen, aber es ist am Radar (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler**, MBA: Die Verkehrsstadträtin Lisa Rücker, die hat zahlreiche Innovationen gestartet und sehr viel auch zur Umsetzung gebracht. Sie ist auch sehr stark zum Pranger geführt worden, auch von Ihnen, und wenn ich mir jetzt so anschau, ist die Frage, wenn man jetzt so dieses ganze Verkehrssystem, also was da jetzt so Wickenburggasse, auch in der Keplerstraße ist eine Insel entstanden usw., wenn es da zum Kollaps kommt in der Weihnachtszeit, genauso ist die Frage, ob Sie sich dann hinstellen und sich dafür entschuldigen für Versagen in der Verkehrspolitik.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Stefan, ich merke, wir befinden uns bereits im Wahlkampf. Die grundsätzliche Frage hat ja mit der Zusatzfrage jetzt nicht viel zu tun gehabt. Also wir haben dort versucht, sehr wohl andere Maßnahmen zu setzen, du wirst es, glaube ich, auch wissen, wir haben dort in der Ampelschaltung ganz spektakuläre Fortschritte gemacht, das heißt, der der zuerst kommt mahlt zuerst, das heißt, wer zuerst dort ist, wenn der Fußgänger dort ist, kommt, er zuerst drüber oder das Auto meldet sich zuerst an, das ist schon einmal ein weiter Fortschritt gewesen, und zur Wickenburggasse kann ich dir nur sagen, funktioniert hervorragend und wir sind auch daran, dass wir gerade die Ausfahrt der Kastner & Öhler-Garage derart verbessern, dass wir dort eine Abschrägung zustande bringen, da muss nur der Kastner

& Öhler sich bewegen und das auch zahlen, weil er ja auch er Verursacher ist (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Forderung der FPÖ in der letzten Periode nach einer grünen Welle wurde von vielen falsch verstanden.

6) Gratis-Mitnahme von Kindern für SozialCard-Mobilität-InhaberInnen

GR. **Eber** stellt an StR. **Ehmann** folgende Frage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Michael! Diese Frage habe ich bereits vor eineinhalb Jahren ungefähr gestellt an deine Vorgängerin, die Martina Schröck, in dieser Funktion. Sie hat damals eine zeitnahe Lösung, ich sage einmal, in Aussicht gestellt, aber offensichtlich, weil mir eben ein Fall zugetragen worden ist, ist da noch nichts weitergegangen. Ganz kurz, worum geht es? Wenn man einen Steirischen Familienpass hat und eine Jahreskarte beispielsweise, eine Fahrkarte jedenfalls für die Graz Holding Linien, kann man die Kinder bis 14 Jahre gratis mitnehmen. Hat man allerdings eine SozialCard Mobilität, dann hilft auch der Steirische Familienpass nichts, dann müssen die Kinder bezahlen auf den entsprechenden Bus- und Straßenbahnlinien.

Meine

Frage

lautet daher: Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass auch für die Inhaberinnen und Inhaber der Grazer SozialCard Mobilität für mitfahrende Kinder keine zusätzlichen Kosten entstehen, wenn sie über den Steirischen Familienpass verfügen (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Ehmann**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Manfred! Nachdem sie schriftlich eingereicht wurde, habe ich schon verstanden, um was es geht. Ich habe natürlich das Protokoll dieser Sitzung damals mir angesehen, weil du darauf aufmerksam gemacht hast und diese rasche Lösungszusage habe ich im Protokoll nicht gefunden, sondern es hat nur eine Zusage gegeben, dass es einen gemeinsamen Termin mit der Holding gibt, nämlich relativ unmittelbar und wo dieses Thema wiederum auf die Tagesordnung kommt. Ich sage aber auch gleich dazu, zu Recht. Die Fakten sind so, dass die SozialCard Mobilität sogenannter Haustarif der Grazer Linien ist und kein Verbund Tarif. Der Steirische Familienpass gilt nur im Zusammenhang mit den Verbund-Fahrscheinen und diese Vergünstigung beim Steirischen Verkehrsverbund wurde eben zwischen Land und Verkehrsverbund ausverhandelt. Die Einbeziehung der Kinder in der SozialCard Mobilität, also bei MobilitätsinhaberInnen, liegt also de facto nicht in der Zuständigkeit der Stadt. Was wurde bisher unternommen? Die Holding Graz Linien haben im Juni 2015 bei der damaligen Sitzung der Kooperationsgemeinschaft der steirischen Verkehrsunternehmen, die die Tarifhoheit für die Steiermark innehaben, einen Antrag gestellt, damit der Steirische Familienpass in Kombination mit der Grazer SozialCard Mobilität Gültigkeit erlangt, also auf unser Ansinnen, das hier voranzutreiben. Dieser Antrag, muss ich aber leider dazusagen, wurde von anderen Verkehrsunternehmen leider abgelehnt und deshalb ist es eben den Graz Linien nicht möglich, eine kombinierte Verwendung gelten zu lassen. Außer es kommen andere Mehrheiten zustande in diesem Bereich. Das ist auch in einem Informationsblatt zum Steirischen

Familienpass zu lesen, da steht drinnen, Kinder bis zum 15. Geburtstag fahren in der ganzen Steiermark in Begleitung der Eltern, eines Elternteils, gratis, wenn die Eltern eine gültige Verbundfahrkarte haben. Und da findet sich weiter dann noch der Zusatz, anerkannt wird jede beliebige Verbundfahrkarte, nicht jedoch, wie angeführt, die Grazer SozialCard Mobilität. Was habe ich bisher jetzt schon unternommen in dieser kurzen Zeit? Ich habe schon einen entsprechenden Brief vorbereitet, um das Thema sofort wieder anzugehen und aufzunehmen und werde diesen Brief den VertreterInnen der Stadt Graz, die in allen Gremien des Steirischen Verkehrsverbundes sind, zukommen lassen und in dem ich eben ersuche, sich für eine rasche Lösung im Sinne der InhaberInnen der SozialCard Mobilität stark zu machen. Ich habe den Brief auch schon aktuell mit, ich kann ihn dir nachher zeigen, wenn du willst.

GR. **Eber**: Keine Zusatzfrage, danke, ich möchte mich nur bedanken für das Bemühen vom Kollegen Stadtrat Ehmann und hoffe, dass wir da irgendwann zu einer Lösung kommen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

7) Task Force „Leistbares Wohnen“

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, werte Stadträtin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einiger Zeit, nämlich im Konkreten Mitte 2014, hat es einen dringlichen Antrag gegeben von mir, der unterstützt wurde von der ÖVP und der KPÖ, wo ich die Thematiken, Probleme und Schwierigkeiten und Hürden im Wohnbau beziehungsweise im geförderten Wohnbau in Graz aufgegriffen habe und ich habe zwar eine schöne Antwort erhalten, das war dann etwa ein halbes Jahr später, im Jänner 2015, wo man mir mitgeteilt hat in dieser wunderschönen Antwort, dass sich viele

Experten treffen, dass die Probleme, die ich aufgezeigt habe, richtig sind und dass man doch einiges im eigenen Bereich tun könne, diese Probleme zu beseitigen. Damals habe ich auch eingefordert, dass man uns bitte einen Bericht gibt im Gemeinderat und dass die Gemeinderatsfraktionen auch extra dazu eingeladen werden, dass wir eben hören, was sind die Fortschritte. Viele Experten haben getagt und ich möchte heute die Fragestunde nutzen, die Frau Stadträtin Kahr zu fragen, was ist passiert?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Wenn wir überhaupt gewartet hätten bis die von dir angesprochene Vorgehensweise im Juli 2014, wenn wir so lange gewartet hätten, dann gäbe es eigentlich die über 560 neuen Gemeindewohnungen nicht, die bisher bereits geschaffen wurden. Das ist deshalb selbstverständlich klar und auch ganz eindeutig zu beantworten, dass Wohnen Graz mit allen Abteilungen und auch ich von der GBG, Holding, natürlich die wichtigste Abteilung Immobilienabteilung, Finanzreferent, Stadtplanungsamt und auch dem Land Steiermark regelmäßig im Austausch zusammenarbeiten. Das weißt du auch und weil es diese regelmäßigen Gespräche und Zusammenarbeit auch gibt, haben wir auch wieder für weitere 500 neue Gemeindewohnungen auf Schiene und zwar die Grundstücke und auch einige ganz konkrete Bauvorhaben. Einige sind ja auch heute auf der Tagesordnung. Das ist auch im Verwaltungsausschuss so beschlossen worden, da bist du ja auch anwesend, dort ist auch der Platz, wo wir genau diese Fragen auch immer wieder diskutieren können, hinterfragen können, neue Anregungen einbringen können, aber ich wäre ja eine schlechte Wohnungsstadträtin, unser Amtsleiter und Geschäftsführer Mag. Uhlmann würde ja seine Arbeit nicht gut machen, wenn wir nicht genau diese Vorgehensweise regelmäßig und kontinuierlich machen, weil unser Ziel ist ja, zu mehr Gemeindewohnungen zu kommen. Die Mittel und Vorbereitungen für weitere Grundstücke sind im Finanzierungs- und Mittelfristplanung bis 2021 auch schriftlich, liegen der Finanzplanung auch vor und können in einem künftig neuen Budget auch so

beschlossen werden, wenn es mehrheitlich auch so gewünscht ist. Zum Flächenwidmungsplan, der ja nächstes Jahr zur Diskussion und zur Beschlusslage vorliegt, weißt du auch, dass es erstmals gelungen ist, Vorbehaltsflächen für den kommunalen Wohnbau bis zu 1000 Wohnungen vorzusehen. Aber ich bin dir sehr dankbar für diese Frage, weil es mir an dieser Stelle heute in der Gemeinderatssitzung die Gelegenheit gibt, mich erstens beim Verwaltungsausschuss für die Zusammenarbeit zu bedanken und selbstverständlich bei allen Abteilungen, die wirklich in den letzten Jahren intensiv mit uns zusammengearbeitet haben, mich einfach ganz herzlich zu bedanken und auch vor allem beim zuständigen politischen Referenten, Herrn Stadtrat Rüschi (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Zuerst eine Zusatzbemerkung und dann eine Zusatzfrage. Die Zusatzbemerkung ist, liebe Frau Stadträtin, du hast sehr schön geantwortet, in der Schule würde man sagen, wenn man einen Aufsatz macht, Themenverfehlung, ich habe nicht nach den Gemeindewohnungen gefragt, der Wohnbautisch war auch nicht dazu eingerichtet, nur die Gemeindewohnungen im Auge zu halten oder die Gemeindewohnungen zu verwalten, die du gebetsmühlenartig erwähnst, zu dem kommen wir dann noch extra. Auch die Wirtschaftskammer hat vor kurzem die Aussendung gemacht, dass es weiterhin Probleme gibt, das war vor zwei oder drei Wochen, wo es massive Forderungen gegenüber der Stadt Graz gegeben hat. Meine Zusatzfrage ist aber jetzt anderer Natur, Frau Stadträtin, du hast oder wir haben einen Wohnungsbericht beantragt, wir haben einen im Ausschuss diskutiert, wieso ist er heute nicht auf der Tagesordnung? Da gibt es einen Spruch, gibt es was zu verstecken, was ist los? Warum erhalten wir diesen nicht im Gemeinderat?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Zu verstecken gibt es gar nichts, der Beschluss über den Bericht ist ja im Verwaltungsausschuss zur Kenntnis gebracht worden. Ich wollte den im Gemeinderat jedem Mandatar zur Verfügung stellen, da wurde mir gesagt, dass es keinen eigenen Tagesordnungspunkt dafür gibt, sondern dass es im Verwaltungsausschuss so zur Kenntnis gebracht wird. Er ist ab nächster Woche öffentlich auf der Homepage von Wohnen Graz einsehbar und so nicht nur für die Gemeinderatsmitglieder, sondern für jeden Grazer Bürger einsehbar. Und was das Wichtigste ist, dieser Wohnungsbericht hat genau das zum Ergebnis gebracht und das freut mich auch sehr, dass das darin auch bestätigt wurde, dass oberste Priorität auch im Kontext zum gesamten Wohnungsmarkt in Graz der soziale Wohnbau und Gemeindewohnungen ist und das bestätigt eigentlich genau den Kurs, den eigentlich mehrheitlich die Stadt Graz hier auch einschlägt (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Eine Frage geht sich noch aus. Ich darf auch anmerken, dass die Frage Nummer 14 vom Herrn Gemeinderat Sikora auch zurückgezogen wurde.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Kahr übernimmt um 15.15 Uhr den Vorsitz.

8) Hundewiese in Eggenberg

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Gäste, liebe Hundehalter in Eggenberg! In meiner Anfrage geht es eben um eine Hundewiese in Eggenberg, aber leider gibt es ja nicht nur in Eggenberg zuwenig Grünraum und Hundewiesen, das ist ein generelles Problem in der Stadt, und eine Hundewiese das ist ja auch

Lebensqualität. Für den Hundehalter ist es Lebensqualität, wenn er in der Nähe seinen Hund frei laufen lassen kann. In Eggenberg gibt es eben nichts und in einer der letzten Bezirksratssitzungen war das wieder Thema. Es soll hinterm Schloss Eggenberg jetzt ein potentiell Grundstück geben, ein Hanggrundstück, das dem Herrn ■■■ gehört, wo eine Hundewiese möglich wäre mit einem Naschgarten mit Wildbienenstöcken.

Leider hat es auch das Gerücht gegeben, dass es dort zu einer Doppelnutzung kommen soll mit einer Mountainbike-Strecke. Was im Hinblick dessen, dass es einfach so wenig Grünraum gibt, schade wäre, eine Hundewiese mit sportlichen Aktivitäten zu kombinieren und deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs die

Frage:

Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen über eine Umsetzung der dringend benötigten Hundewiese auf dem gegenständlichen Grundstück (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Anmerkung Nummer eins, das Grundstück gehört noch nicht uns und wir haben auch noch keine fixe Zusage, es in irgendeiner Form nutzen zu können. Feststellung Nummer zwei, hätten wir ein Budget, könnten wir ein Projekt A oder B auf diesem Grundstück relativ schnell umsetzen, aber da hat Ihre Fraktion ja heute auch nicht zugestimmt. Drittens, ja, es gibt zwei Überlegungen, die eine ist, dass man eine Hundewiese und einen Naschgarten draus macht, die andere Überlegung und ist ja auch kein Gerücht, sondern ist ja ein Faktum, dass wir uns auch gemeinsam mit der Schwesternstadt Maribor möchte mit uns etwas Besonderes zustande bringen und wir haben uns beworben, es wird auch vom Österreichischen Radsportverband unterstützt, wir werden sehen, ob wir einen Zuschlag mit ihnen bekommen. Es geht ganz speziell um Mountainbike-Weltcup-Bewerbe und ein solcher sollte ausgetragen werden mit der Downhill-Strecke in unserer Schwesternstadt und mit dem Cross Country in der Landeshauptstadt Graz, wobei dann das Schloss Eggenberg auch da im

Mittelpunkt stehen würde. Der ASKÖ-Bereich und, und, und. Ob wir den Zuschlag überhaupt bekommen, steht noch nicht fest, wenn wir ihn bekommen, gibt es natürlich zwei Wünsche auf diesem Grundstück und beide können nicht verwirklicht werden, weil das eine würde das andere ausschließen. Konkret kann man jetzt sagen, wir erwarten eine Entscheidung im Jänner 2017, vielleicht sagt manchen noch nichts, was ein Mountainbike-Weltcup wirklich bedeutet, wie viele Fernsehteams aus der ganzen Welt da sind, es ist, wenn ich so sagen darf, ein wirkliches Sportspektakel und wir müssen uns dann entscheiden, wenn wir den Zuschlag kriegen, ob wir dann das Grundstück bekommen oder nicht. Sollten wir den Zuschlag nicht bekommen, können wir dieses vorbereitete Projekt mit Hundewiese und Naschgarten dann auch früher angehen. Wenn wir das dauerhaft nach Graz holen wollen, was aber auch überhaupt noch nicht diskutiert wurde, dann müssten wir alle Gremien erst damit befassen, letzten Endes auch den Gemeinderat, weil das kostet ja alles Geld, werden wir dann entscheiden. Jetzt im Moment aber gibt es kein Geld und wir warten einmal die Entscheidung ab, die uns dann im Jänner erreichen wird, ob wir dabei sein dürfen oder nicht (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Fakt ist, es gibt zuwenig Grünraum in der Stadt, es gibt zuwenig Hundewiesen, es zeigt sich jetzt auch in Reininghaus wieder, dass es keine Priorität hat, es wird auch im Areal von Reininghaus keine Hundewiese geben. Soweit ich informiert bin und meine Zusatzfrage ist, wenn Sie wieder Bürgermeister werden, wie kommen Sie zu weiterem Grünraum?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also wir haben eine schöne Grünrauminitiative gestartet und ich bleibe dabei, auch alle Hundewiesen, mit denen ich in Graz, wenn ich so sagen darf, begonnen habe und wo Kollege Rüscher auch intensiv immer unterstützt hat, die gibt es schon einmal, auch mit allen Problemen, die damit verbunden sind. Weil was den Vierbeiner freut, freut meistens die Anrainer nicht, da haben wir schon viele

Problemsituationen erkannt und lösen müssen, weil es auch Besitzer von Vierbeinern gibt, die mit dem Auto nur vorfahren, mit laufendem Motor aufgrund der niedrigen Temperaturen im Auto sitzen bleiben und die Hunde alleine rennen lassen und, und, und. Aber noch einmal, wir wollen mehr Grünraum auch haben, Graz hat 52 % Wald- und Wiesenflächen, damit sind wir ganz weit vorne unter allen Städten Europas, sie sind nur nicht so verteilt, wie wir sie gerne hätten und da wissen wir eh, dass die drei Bezirke Lend, Jakomini und Gries am schlechtesten ausgestattet sind. Eggenberg hat extrem viel Grünraum im Vergleich zu anderen Bezirken und wir werden an der Grünrauminitiative festhalten und falls auch Sie wieder dem nächsten Gemeinderat angehören, werden wir zwei uns intensiv darum bemühen, dass es mehr Geld für diesen Bereich gibt. Vielleicht auch irgendwann einmal in einem gemeinsamen Budget (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.25 Uhr den Vorsitz.

9) Situation am Bahnhof

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA stellt an StR. **Ehmann** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, lieber Stadtrat Michael! In meiner Frage geht es um den Bahnhof. Der Bahnhof ist für viele Menschen nicht nur ein Ort der Durchreise, sondern für manche auch Aufenthaltsort. Dabei handelt es sich um verschiedene und durchaus wechselnde Gruppen, wie beispielsweise Jugendliche, suchtkranke Menschen oder ArmutsmigrantInnen, die sich im Bahnhof selbst oder doch in der Umgebung des Bahnhofs aufhalten und leider immer wieder miteinander in Konflikt geraten.

Lösungen wie Aufenthaltsverbote sehen wir sehr kritisch, das ist eher so, dass dann diese Gruppen oder diese Menschengruppen aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden und einfach diese Auseinandersetzungen sich an andere Orte verlagern. Aus unserer Sicht bräuchte es am Bahnhof Angebote, die vor allem deeskalierend wirken, Konflikte vermeiden und den Gruppen, die sich dort aufhalten, Perspektiven eröffnen.

Daher stelle ich an dich folgende

Frage:

Welche Angebote und Maßnahmen sind aus deiner Sicht zu setzen, um die Situation für jene Gruppen, die sich am Bahnhof aufhalten, zu verbessern und um Konfliktsituationen zu vermeiden (*Applaus Grüne*)?

StR. **Ehmann:** Geschätzte Frau Gemeinderätin, liebe Bedrana! Wie du im Motivenbericht schon richtig angemerkt hast, handelt es sich bei der Situation am Bahnhof durchaus, aber nicht nur dort, sage ich auch dazu, um eine Querschnittsmaterie nämlich verschiedener Ressorts der Stadt, die da angesprochen sind. Es geht um unterschiedliche Zielgruppen, unterschiedliche Altersgruppen und um Maßnahmen des Sozial- und Jugendamtes. Es geht aber auch bei diesen Zielgruppen vor Ort um Wohnungsnot beispielsweise, also auch Elke Kahr als Vizebürgermeisterin ist dort gefordert, es geht aber auch um suchtkranke Menschen, und da kommt das Gesundheitsressort natürlich ins Spiel von Lisa Rücker. Es geht aber auch um Migration und Integration, auch das Ressort vom Kurt ist hier gefordert, aber es geht auch um Sicherheit und da ist auch der Kollege Eustacchio gefordert. Was ich damit sagen will, ist unter anderem aber schon, dass ich darauf hinweisen möchte, dass die Situation am Bahnhof aus meiner Sicht nur dann entschärft werden kann, wenn wir eine sehr breite

Zusammenarbeit ressortübergreifend sicherstellen. Es gibt auch eine breite Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Verein „Sicher Leben“, der ja von der Stadt Graz einen beauftragten Prozess dort durchführt, nämlich den Dessi-Prozess, wie du ihn kennen wirst und an dem haben auch meine Abteilungen mitgearbeitet. Im Jahr 2015 und 2016 hat es mehrere Treffen gegeben dieses Arbeitskreises „Sicherer Bahnhof“ und die Ergebnisse beziehungsweise vorgeschlagenen Lösungen und Maßnahmen sind eben in den Abschlussbericht zum Dessi-Verfahren eingeflossen und das Projekt „Dessi, sicherer Bahnhof“ ist derzeit eben in der Abschlussphase und der Endbericht wird jetzt gerade erstellt, wo man dann hoffentlich schon mehrere Schlüsse daraus ziehen kann. Neben den Angeboten und Maßnahmen rund um den Bahnhof, was jetzt seitens meines Ressorts auch kommt, ist die mobile Sozialarbeit samt Anlaufstelle im Volksgarten, zu erwähnen das Jugend-Streetwork, das Streetwork im Drogenbereich, das Marienstüberl, das beauftragt ist, über die Stadt Graz, die Arche 38 und die Winternotschlafstelle. Es wird auch Vorschläge für neue Maßnahmen geben, die ich mir sehr genau anschauen werde. Ich sage aber auch dazu, dass wir heute ja hoffentlich in Mehrheit dieses Budgetprovisorium beschließen werden, aber in dem können momentan neue Projekte leider nicht abgebildet werden, was ich auch in diesem Zusammenhang sehr schade finde. Aber, wie gesagt, sollte es den Beschluss heute geben, gelingt es zwar, die Vereine in diesem Bereich und Träger abzusichern, die jetzt schon im Auftrag mit der Stadt Graz die verschiedensten Projekte vor Ort durchführen. Die Situation am Bahnhof wird aber momentan natürlich noch nicht dadurch leichter gemacht und entspannt, das ist natürlich ärgerlich, aber das ist leider Realität (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Kurze Anmerkung, mir ist auch durchaus klar, dass es hier eine Zusammenarbeit zwischen den notwendigen Ressorts benötigt und dass es hier keine eindeutige Lösung geben wird, also nicht diese eine Lösung, sondern dass mehrere

Lösungen individuell auf die bestimmten Gruppen gefunden werden müssen. Zusatzfrage, ich bin auch gespannt auf den Bericht, also den kenne ich, ist aber noch nicht öffentlich gemacht worden. Welche konkreten Vorschläge jetzt aus deiner Sicht da zu machen sind, beziehungsweise an uns haben sich auch einige Initiativen gemeldet, mir ist auch Arche, Marienstüberl, alles bekannt und ich weiß, dass diese Organisationen vieles leisten, also wirklich tolle Arbeit leisten, aber dass sowohl die mobile Sozialarbeit, auch offene Jugendarbeit hier einfach ressourcenmäßig sehr schwach ausgestattet sind und deswegen eben die Frage, was sind da konkrete Pläne in die Richtung (*Applaus Grüne*)?

StR. **Ehmann**: Also noch einmal, ich habe es eh schon gesagt, es sind Maßnahmen angedacht, viele Projekte angedacht, neue Ideen angedacht, die auch durch Institutionen gekommen sind, aber auch Vorschläge aus dem eigenen Ressort. Ich kann sie aber aufgrund des Budgetprovisoriums momentan in dieser Phase nicht einleiten und umsetzen, das finde ich persönlich sehr schade, aber ich freue mich auf eine neue Periode und eine neue Möglichkeit, dies tun zu dürfen (*Applaus SPÖ*).

10) Dauerparken – Ausnahmegenehmigung für Leihautos

GR. Dr. **Hofer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dr. **Hofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregerer, geschätzte Kollegen im Gemeinderat, werte Zuseher, lieber Mario! Wie, glaube ich, allseits bekannt ist, gibt es Ausnahmegenehmigungen für BewohnerInnen in der Kurzparkzone auf Gemeindeftraßen, der Blauen Zone, die man für zwei Jahre um 258,30 Euro derzeit

erstehen kann. In der man nachweisen muss, dass man quasi mit einem Auto mit seinem Kennzeichen auf sich gemeldet in einer gewissen Zone quasi sein Auto abstellen kann. Da haben wir auch teilweise großen Parkplatzdruck und es kommt da leider Gottes natürlich auch zu diversen Unfällen oder einer Servicierung eines Autos, wo man dann auf das eigene Auto nicht zurückgreifen kann.

Im konkreten Anlassfall war das ein Auffahrunfall, das Auto für 14 Tage in der Werkstätte abgestellt, ein Leihauto für 14 Tage in dem Sinn nicht verfügbar, das, glaube ich, kennt man auch aus Werkstätten, dass man langfristig Leihwägen nicht bekommt beziehungsweise sie teilweise wechseln muss beziehungsweise die Leihwägen natürlich auch Geld kosten, dadurch auch Personen versuchen, vielleicht privat quasi ein Ersatzfahrzeug zu bekommen. Die Situation ist nur, dass man in dem Fall dann quasi in seiner Zone dieses Auto auch nicht abstellen kann, was in dem Fall bei einer jungen Mutter mit zwei Kindern natürlich dann verheerend ist, wenn die angewiesen ist, dass sie die Kinder in den Kindergarten bringen muss, dann selber auch zur Arbeit muss und eigentlich das Auto nirgendwo abstellen kann, weil sie nicht alle drei Stunden, während sie arbeitet, die Parkgebühr zahlen kann. Dadurch natürlich das Ärgernis des Unfalles und quasi auch der Kosten der Reparatur. Noch dazu kommt, dass die 14 Tage eigentlich zu Hause keinen fahrbaren Untersatz haben. Für Werkstättenfahrzeuge gibt es ja die Möglichkeit, quasi so eine Ausnahmegenehmigung dann zu lösen, aber darüber hinaus eben nicht für ein weiteres Leihauto beziehungsweise im privaten Bereich, dass man das tauschen kann und da möchte ich dich fragen:

Werden Sie eine Regelung umsetzen, mit der man in Bedarfsfällen ohne große bürokratische Hürden seine Ausnahmegenehmigung für einen bestimmten Zeitraum auf ein anderes Kennzeichen erweitern kann (*Applaus ÖVP*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Philipp, die Themenstellung klarerweise ist bekannt, wir stoßen da wie bei vielen Dingen an unsere rechtlichen Grenzen. Ich darf dir die

Antwort von Seiten des Parkgebührenreferates zukommen lassen: Die Einrichtung von Kurzparkzonen, die Gebietsabgrenzungsverordnung und auch die Ausnahmebestimmungen im Einzelfall durch einen verwaltungsrechtlichen Bescheid richten sich nach den bundesgesetzlichen Bestimmungen der StVO. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahmebewilligung für Bewohner sind: Erstens, Hauptwohnsitz in einer Bewohnerzone. Zweitens: Zulassungsbesitz oder Leasingnehmer eines Kraftfahrzeuges zu sein oder dass der Antragsteller nachweist, dass ihm ein Arbeitgeber ein eigenes Kraftfahrzeug auch zu Privatnutzung überlassen wird. Drittens: ein persönliches Interesse in der Nähe dieses Wohnsitzes ist zu parken. Nur diese Genehmigungsvoraussetzungen, die eng auszulegen sind, sieht der Gesetzgeber vor, die während der gesamten Genehmigungsdauer von längstens zwei Jahren gegeben sein müssen.

Um jedoch Härten zu vermeiden, werden vom Parkgebührenreferat trotzdem auf Antrag und gegen Bestätigung einer Fachwerkstätte für die Dauer von Reparaturen und für die Zeit der Überlassung eines Ersatzautos durch die Werkstätte dem Bewilligungsinhaber eine Ersatzkarte ausgestellt. Hierfür ist natürlich eine feste Gebühr und eine Verwaltungsabgabe, aber keine zusätzliche pauschale Parkgebühr zu entrichten. Gleichzeitig muss die Ausnahmebewilligung im Original im Parkgebührenreferat deponiert werden. Nicht unter diese kulante Regelung fallen bei einem Totalschaden die lange Wartezeit auf einen Neuwagen oder die zur Verfügung gestellten Fahrzeuge von Verwandten und Bekannten. Heißt, es gibt die Möglichkeit, aber du kannst sie wirklich nur im engstbegrenzten Raum weitergeben oder zugestehen als Bescheid, weil der Gesetzgeber dir keine andere Möglichkeit lässt (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Hofer**: Es gibt aber eine Regelung, gerade bei Taxiunternehmen, bei dem das sehr wohl möglich ist. Wenn ich da ein Ersatzfahrzeug habe, dann kann ich quasi vom

beschädigten Auto die Nummerntafeln abmontieren, quasi ein Formular hineingeben mit quasi Ersatzfahrzeug für Soundso und die Ausnahmegenehmigung dann dazulegen. Damit ist sichergestellt, es ist nur ein Auto, also nicht ein zweites Auto, das mit der gleichen Ausnahmegenehmigung dort parkt, das Auto steht in der Werkstätte. Die können dort mit den blauen Tafeln auch Probefahrten oder dergleichen machen und das Taxiunternehmen kann weiterhin mit der Ausnahmegenehmigung dort auch parken und braucht eben, wie gesagt, nur die zwei Nummerntafeln hinterlegen. Wenn das jetzt beim Taxiunternehmen funktioniert, denke ich mir, muss es doch auch möglich sein, dass man das eben, wie gesagt, nur für einen kurzfristigen Raum auch für Privatfahrzeuge machen könnte. Um das in eine Frage zu formulieren, bist du bereit, das sage ich einmal, nachzuforschen, wie das bei den Taxiunternehmen ist und da eine rechtliche Möglichkeit zu finden, dass man das vielleicht auf einem unbürokratischen Weg in dieser Form mit dem Kennzeichen des eigentlichen Autos quasi hinter die Windschutzscheibe des ausgeborgten Autos, dass man das in der Form vielleicht regeln könnte?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Kein Problem, ich würde dich nur bitten, gib mir, es geht ja aus dem nicht hervor aus deiner Fragestellung, dass die Möglichkeit gegeben ist, Parkgebührenreferat hat das jetzt einmal auf Privatnutzung so mitgeteilt, ob diese rechtliche Möglichkeit besteht, weil wir reden jetzt von Privatnutzung und nicht von gewerblicher Nutzung. Müssen wir überprüfen. Sei so lieb und lasse mir per E-Mail einmal das zukommen diese Taxigeschichte, dann gebe ich es gerne weiter und lasse es prüfen, überhaupt gar kein Problem, gerne (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Kahr übernimmt um 15.40 Uhr den Vorsitz.

11) Rassistisches Kampagnenbild Heimweg-Telefon

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Frage geht an Sie, wobei es, wie in vielen Fällen, viele Verantwortliche für die Geschichte gibt. In der aktuellen BIG wurde das „Heimweg-Telefon“ inklusive zugehöriger App vorgestellt, das ein neues Angebot der Ordnungswache ist. Der Artikel und überhaupt dieses ganze Kampagnenbild für diese App und dieses Angebot ist Sujetbild, also wenn hier jetzt einige sagen, sie können es nicht erkennen, in der Großaufnahme kann man sehr wohl ganz eindeutiges rassistisches Stereotyp zeigt, es zeigt einen gewalttätigen Mann mit ganz eindeutig dunkler Hautfarbe, der eine Frau angreift. Das wurde von mehreren Leuten schon kritisiert, dieses Angebot ist ein offizielles Angebot der Stadt, der die Ordnungswache ja unterstellt ist und es kann eigentlich, nachdem ja Graz auch Menschenrechtsstadt ist, nicht angehen, dass hier für offizielle Angebote mit solch eindeutig rassistischen Stereotypen gearbeitet wird.

Deswegen an Sie die

Frage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass dieses Kampagnenbild in Zukunft nicht mehr verwendet wird und sich in einer offiziellen Stellungnahme sowie in einem Artikel in der nächsten Ausgabe der BIG für diese leichtfertig rassistische Bildauswahl zu entschuldigen (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin! Erstens einmal, dieses Bild wurde aus einem Bilderkatalog ausgesucht von einer Mitarbeiterin einer Abteilung, die mehrere Jahre auch im Integrationsreferat gearbeitet hat. Erst beim Druck unserer BIG, der heller passiert ist als diese ursprünglich angedachten Karten, ist es überhaupt möglich gewesen, die Person, die im Dunklen liegt, bei der Kampagne überhaupt einmal, sage ich einmal, genauer zu erkennen. Und in solchen Fragen, wie Sie sie stellen, rufen wir auch wo an und holen eine Expertise ein, wir haben es gemacht bei der Anti-Diskriminierungsstelle Steiermark und haben bei ■■■ nachgefragt, sie hat gesagt, habe mir das Sujet angesehen. An sich ist es nicht als rassistisch oder diskriminierend zu werten, da der Mann nicht unbedingt einer Ethnie zuordenbar ist. Gemäß auch des Ethik-Codices des Werberates, Präambel 1.2. Also es ist weder Absicht, man muss viel hineininterpretieren, wenn man es noch ein bisschen lichter abdrucken, dann ist es ein österreichischer Rapper, der sehr freundlich die Hand nach vorne reicht. Ursprünglich war es eigentlich nur angedacht, eine ängstliche Frau im Vordergrund zu haben. Dass durch eine andere Druckdimension das jetzt etwas heller geworden ist, glaube ich, kann man nicht so interpretieren, dass wir nicht Obacht geben würden in der Menschenrechtsstadt Graz und dass solche Dinge von uns keineswegs beabsichtigt waren, wer immer da mitgearbeitet hat und damit sehe ich auch keine Veranlassung, dass ich jetzt aufgrund dieses Fotos da sogar Entschuldigungen oder sonst was einfordern möchte, sondern wenn selbst ■■■ sagt, dass diese Sujet aus ihrer Sicht nicht diskriminierend ist, dann glaube ich, sollten wir es dabei belassen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Keine Frage, Herr Bürgermeister, ich komme jetzt mal vor... (*unverständlich da nicht am Rednerpult*), ...das Bild entnommen wurde. Anhand dieser Fotoserie, Sie können sie sich auch im Netz anschauen, es gibt sogar den Text mit schwarz bei dieser Bildserie auf Fotalia, wo dieses Bild gekauft wurde, aufgrund dessen

ist es auszuschließen, dass dieses Bild versehentlich genommen wurde, es ist auf den anderen Bildern ganz eindeutig zu erkennen und vielleicht revidieren Sie ja anhand dieser eindeutigen Zuweisungen noch einmal Ihre Meinung. Denn ich denke, gerade in der Zeit, in der sich Rassismus immer mehr in so eine gesamtgesellschaftliche Duldung einschleicht, sollte die Stadt da nicht mitziehen und darauf reagieren (*Applaus KPÖ*).

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Vielleicht kümmert sich die KPÖ um die bedrohten Frauen dieser Stadt.

Bgm. Mag. Nagl: Also man sollte unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht unterstellen, dass sie die zweite Serie, die es dazu gibt, ausgesucht hat, sondern die erste. Es ist schon, und jetzt sage ich noch einmal, man kann aus der zweiten Serie auch eine sehr couragierte Frau mit Pfefferspray erkennen, die einen Angreifer abwehrt und ich weiß nicht was alles. Aber das, was letzten Endes auch von uns verwendet wurde, auch von der Farbwahl her, es ist nur durch die BIG und dieses Hellermachen in der BIG überhaupt ein solches Thema durch Sie jetzt aufgekommen. Ich denke noch einmal, es war in keinsten Weise beabsichtigt, deswegen sollte man das auch niemandem unterstellen. Ausgesucht wurde es von einer Mitarbeiterin der Magistratsdirektion und die hat, wie gesagt, schon viel Erfahrung und der wollen wir das auch gar nicht unterstellen. Also man kann auch politisch nichts davon ableiten (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.45 Uhr den Vorsitz.